

## Die Sabotage des Völkerbunds von Ignotius

Was geschieht eigentlich im Hintergrunde des sogenannten Skandals bei der Besetzung der Völkerbundsposten, den die Rechtsblätter so schlaue aufgedeckt haben? Jeder Skandal und seine Enthüllung hat irgendeinen Zweck. Wenn man sich in diesem Falle die Frage Cui bono? stellt, läßt sie sich schwer beantworten. Ist wirklich dieser ganze Skandal nur angezettelt worden, um die der Rechten unliebsame Entsendung eines Zentrumspolitikers zu verhindern und einem stellungslosen Diplomaten zu einer Unterkunft in Genf zu verhelfen? Soll das Spiel so plump sein, oder wird hier vielleicht mit derben Mitteln ein sehr schlaues Spiel gespielt? Die Indiskretion stammt nach den Behauptungen der demokratischen Presse aus dem Auswärtigen Amt — und das muß man schon der Wilhelm-Straße zubilligen: aus purer Dummheit und Redseligkeit wird dort nicht aus der Schule geplaudert. Die beschränkten und untergeordneten Beamten dieses Amtes reden nicht — sie schweigen vornehm und bedeutungsvoll; nur von höhern Stellen werden bewußte und zielsichere Indiskretionen verbreitet. Man wird kaum annehmen, daß die Indiskretion vom Außenminister selbst stammt, dessen schlechte Beziehungen zu der Hugenberg-Presse hinlänglich bekannt sind. Es müßten also Stellen vom Außenminister abwärts — allerdings nicht sehr weit nach unten — geplaudert haben, immer vorausgesetzt, daß die Linkspresse Recht hat, wenn sie die Informationen des 'Tag' auf Berliner Quellen reduziert. War es nur Corpsgeist, der diesen „kriegkerischen“ Ausfall erzeugte? Ein zu plumpes Spiel für Borussenhände...

Der angezettelte Skandal geht über die Postenjägerei hinaus. Er ist ein Angriff auf den Völkerbund selbst — eine Sabotage des Völkerbundes!

Schon seit Jahren herrschte im Auswärtigen Amt der sonderbare Zustand, daß der Völkerbundsreferent der größte Gegner des Völkerbunds war. Die persönlichen Qualitäten des Herrn v. Bülow seien hier nicht angezweifelt; sein Buch ist das Ergebnis fleißigen Studiums, obwohl Vieles falsch gesehen ist. Er selbst würde mit seiner angenehmen, äußerlich konzilianten Art einen ausgezeichneten Gesandten abgeben — aber an die Stelle, wo er sitzt, paßt er grade wie die berühmte Faust auf ein in dem Fall erblindetes Auge. Dieser Referent wider Willen war außerdem krank und monatelang verreist; und wer die Kompetenzangst der Wilhelm-Straße kennt, wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß kein Beamter aus einem andern Ressort sich in diesen Monaten an Bülows Gebiet herangetraut hat.

Erst nach Bülows Rückkehr schritten die zuständigen Stellen zu der Behandlung der Völkerbundsvertretung. Der Vertrag von Versailles ist zwar im Auswärtigen Amt keine beliebte Lektüre — man glaubt ihn dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man ihn ignoriert —; aber dem Referenten waren doch die Satzungen bekannt, die, in Artikel 6, sagen: „Die Sekre-

täre und das Personal des Sekretariats werden mit Zustimmung des Rates durch den Generalsekretär ernannt." Der Deutschen Regierung steht bestenfalls nichts weiter als das Recht des Agreements zu. Fürchtete man vielleicht, daß der Außenminister der Ernennung eines Mannes zustimmen könnte, der sogar imstande wäre, ein Anhänger der Völkerbundsidee zu sein? Wenn man schon den Völkerbund schlucken muß, dann will man wenigstens einen Mann dort haben, der mindestens in dieser ganzen rückgratlosen, internationalen Bagage wie ein Sprengpulver wirken wird!

Einen zuverlässigen Mann mußte man haben — darüber war man sich klar. Gott weiß, was der Minister für Dumheiten gemacht hätte! Man traut ja doch Stresemann nicht recht. Er ist nun einmal nicht vom Bau. Er mag so konziliant sein, wie er will, und sich ostentativ möglichst wenig hineinmischen: sobald er den Rücken dreht, erheben sich tiefgebeugte Köpfe, und mißtrauische Blicke erschließen hinter ihm her. Er sollte sogar, flüsterte man sich erschrocken zu, der Ernennung jenes Zentrums politiklers nicht abweisend gegenübergestanden haben. Die mußte verhindert werden; und bevor Stresemann sich versah, saß er mitten drin im schönsten Konflikt mit dem Völkerbund. Denn diese ganze Angelegenheit ist ja nicht nur ein Privatzank, für dessen Unerfreulichkeit unsre Nerven durch häufige Wiederholung abgestumpft sind, sondern wird zu einem Kompetenzstreit mit dem Völkerbund.

Sir Eric Drummond wird sich selbstverständlich die jahrelang mühsam aufgebaute, durchaus harmonische Arbeit seines Instituts nicht durch unliebsame Elemente stören lassen. Schließlich stehen hier wichtigere Dinge auf dem Spiel. Man mag zu dem Völkerbund stehen, wie man will; man kann sich nicht von der Arbeit am Weltfrieden durch Eifersüchteleien der Wilhelm-Straße ablenken lassen. Was nun, wenn Sir Eric Drummond einen der Namen herausgriffe, um den in der Rechtspresse der Kampf tobt? Wird der Außenminister sein Veto einlegen? Und mit welcher Begründung? Ungeeignet? Wofür? Für internationale Zusammenarbeit? Dazu ist Stresemann zu klug. Wird er einen Ändern vorschlagen? Man hat in Genf ein besseres Gedächtnis für die Geschichte der Verträge als in Berlin. Und schließlich ist es das deutsche Volk, das seine Vertreter nach Genf schickt, und nicht eine mehr oder minder lange währende Regierung. Daher ist anzunehmen, daß die Völkerbundskreise sich vergewissern werden, ob die vorgeschlagenen Beamten auch das Vertrauen der Parteien haben, die die bleibenden Größen hinter den ständigen Regierungskrisen sind.

Man stelle sich doch gefälligst einmal die deutschen Vorgänge aus der Genfer Perspektive vor. Da Sir Eric Drummond verreist ist, weiß man eigentlich noch nicht, wieviel Prozent Unwillen in seiner Äußerung lag und wieviel Empörung bei Helfferichs Schwager; sicher ist, daß Sir Eric Drummonds Äußerung sich nicht auf Anregungen beziehen kann, die etwa von einem Manne wie Marx stammen. Aber nun hat er wahrhaftig Grund, befremdet zu sein. Mit welchen Ängsten sieht

man in Genf den deutschen Beamten entgegen! Man gibt sich in Deutschland alle Mühe, die eignen Vertreter zu diskreditieren, noch bevor sie Genf erreichen. Man stelle sich einen Kaufmann vor, der die Kunden vor dem Vertrauen zu seinen eignen Reisenden warnt. Bis jetzt hat der Völkerbund bei der Ernennung der Beamten mit keiner andern Macht Konflikte gehabt, bis ihm Deutschland das Schauspiel würdeloser Streitigkeiten glaubte bieten zu müssen. Und am schlimmsten ist, daß die Kräfte hinter den Kulissen, die die ganze Angelegenheit angezettelt haben, diese Schaustellung nur hervorriefen, um ihre eignen Ziele zu verschleiern. Pekuniär vorteilhaft ist de facto nur der Posten des Untersekretärs oder des Abteilungsdirektors; die Bezahlung der übrigen Posten wiegt den Aufenthalt in Genfs halbjährigem Winter bei eisigem Wind, wiegt die Arbeit von früh bis spät und in erster Linie die Bindung für 21 oder 7 Jahre nicht auf.

Es ist grade die Geringfügigkeit des Streitobjekts, die in einem die Gewißheit hervorruft, daß das Spiel um einen wichtigen Einsatz geht. Im Auswärtigen Ausschuß hat Stresemann keineswegs zur Klärung der Lage beigetragen. Er verteidigte sich gegen Vorwürfe, die kein Mensch gegen ihn erhoben hatte. Er hat nicht an Aschmann telegraphiert, er hat nicht Kriegk die Depesche zugeflüstert — aber das hat man weder geglaubt noch behauptet. Die Beschuldigung, daß das Auswärtige Amt eine Indiskretion begangen habe, stützte sich auf einen Artikel des Herrn Kriegk, woraus hervorzugehen schien, daß er Aschmanns Telegramm vor der amtlichen Veröffentlichung gekannt habe. Wie nicht anders zu erwarten, leugnete Kriegk die „Mitwirkung“ des Auswärtigen Amtes bei seiner Veröffentlichung, und dieses Dementi führte Stresemann als stärkstes Argument an. Und fügte hinzu: „Ich bemerke ausdrücklich, daß irgendein Beamter des Auswärtigen Amtes persönliche Politik in dieser Frage nicht getrieben hat“. Ging da ein Lächeln über Stresemanns Züge? Oder hat er sich schon so in der Gewalt, daß er bei diesen Worten ernst bleiben konnte? Außerdem versuchte er mit der ganzen Geschicklichkeit, die ihm zu Gebote steht, zwischen den Forderungen des Amtes und den Erfordernissen praktischer Politik zu manövrieren. „Wen soll man nach Genf schicken — einen Beamten oder einen Nichtbeamten?“, fragte er. Es gelang ihm, diese selbstgestellte Frage nicht zu beantworten oder sie jedenfalls zwischen den Klippen des Einerseits und Andererseits ins Ungewisse zu steuern. Stresemanns zwei Seelen kämpften dabei hörbar in seiner Brust. Als Parteiführer muß er auf dem Recht der Parteien bestehen — als Chef seines Amtes verteidigte er lahm die Beamtenprivilegien. Dabei hat er einen Satz geprägt, der festgehalten werden muß. Er fordert für Völkerbundsposten Männer mit Verwaltungspraxis, Kenntnissen auf dem Spezialgebiet und politischem Savoir vivre, damit sie „mit den Leuten, mit denen sie zusammenarbeiten, auskommen können — Leute, die dies nicht verstehen, sind dafür nicht geeignet“. Wer wollte das bestreiten! Und nun darf man gespannt sein, welche Männer die Völkerbundsposten erhalten werden.